



Zwei Jugendliche teilen sich ein Zimmer. Als Willkommensgeschenk gibt es ein Plüschtier.



Wer nicht selber kochen möchte, bezahlt in der Unterkunft drei Franken fürs Mittagessen.

im Kanton nicht bekommen. Aber wenn wir dank der Spenden einen Unterschied machen können, tun wir das natürlich.» Einmal hat jemand zwei Kisten Unterhosen gespendet, zwei für jeden. Eine willkommene Spende. Oft fehlt es nämlich an den alltäglichen Dingen.

Die Geflüchteten warm aufzunehmen, ist Ute Fritsch ein Anliegen. Für die Neuankömmlinge gibt es in der Unterkunft als Erstes eine warme Mahlzeit. Und in ihrem Bett liegt ein Stofftier. «Sie lachen jetzt vielleicht, weil ich 16- oder 17-Jährigen ein Stofftier ins Bett lege», sagt sie. «Aber wenn ich die Jungs am Morgen wecke, liegen nicht wenige mit ihrem Igel im Bett.»

In der Unterkunft in Villmergen leben 70 Jugendliche. Immer zwei teilen sich ein Zimmer. Ein Schrank, zwei Betten. Mehr passt nicht ins Zimmer. «Klar wäre uns lieber, wenn jeder sein eigenes Zimmer hätte, weil fehlende Ruhe und Rückzugsmöglichkeiten für die Jungs Stress bedeuten», sagt Günter Marz. «Aber bei den aktuellen Zahlen ist das illusorisch.»

Im Moment geht es vor allem darum, neue Unterkünfte zu finden, um zu verhindern, dass in den Zimmern plötzlich vier statt zwei Jugendliche schlafen müssen. Eine «Verdichtung», wie sie in den Aargauer Asylunterkünften für Erwachsene in der aktuellen Notsituation gang und gäbe ist, versuchen die Verantwortlichen in den UMA-Unterkünften zu vermeiden.

Mit 18 Jahren müssen sie ausziehen

Die Erfahrung, mit mehr als einer Person das Zimmer zu teilen, machen die Jungs früh genug. Dann nämlich, wenn sie volljährig werden, ihr Stofftier an den Rucksack schnallen und ausziehen müssen. «Auch ich mag die Trans-

fertage nicht», sagt Ute Fritsch. Dieses Umpflanzen an einen neuen Ort sei nicht einfach für die Jugendlichen, auch wenn sie darauf vorbereitet werden und wissen, dass es passieren wird.

Erst kürzlich habe einer der Jungs gefragt, ob sie nicht etwas tun könne, damit er noch bleiben kann. Aber bei diesem Thema sind auch «Mama Ute» die Hände gebunden. Sie kann den Jungs nur sagen, dass sie an sie glaubt und sie das schaffen werden. So wie es die paar hundert vor ihnen auch geschafft haben, die Ute Fritsch in den letzten sieben Jahren auf ihrem Weg begleitet hat.

Zwar gibt es im Aargau Anschlusslösungen für Sorgenkinder, sogenannte UMAplus-Unterkünfte, in denen täglich eine Betreuungsperson anwesend

Es mangelt an qualifizierten Fachkräften

Per Anfang Jahr 2023 waren in den UMA-Unterkünften pensumsmässig alle Stellen besetzt. Im Qualifikationsmix verfüge der Kantonale Sozialdienst im UMA-Bereich aber über zu wenig Fachkräfte, teilt das Departement Gesundheit und Soziales mit. Weniger als die Hälfte der Personen verfügen über eine sozialpädagogische oder gleichwertige Ausbildung auf tertiärer Stufe. Wegen des Fachkräftemangels stellt der Kanton vermehrt Personen aus den Herkunftsländern der Geflüchteten als Mitarbeiter Betreuung ein. Diese ergänzten die Fachspezialistinnen durch ihren sprachlich kulturellen Hintergrund als Brückenbauer und als Vorbilder für eine gelungene Integration sehr gut. (n/a)

ist. Und es gibt Erwachsenenunterkünfte mit Coaching. Da ist mehrmals pro Woche jemand vor Ort, der die jungen Erwachsenen unterstützt. «In normalen Zeiten konnten wir einen grossen Teil unserer Jungs in diese Strukturen weitergeben», sagt Günter Marz. «Aber jetzt haben wir eine andere Situation. Leider.» Die 20 Plätze reichen nicht für alle Jugendlichen, die volljährig werden.

Viele der Geflüchteten finden in der Schweiz ihren Platz

Im Gespräch wird rasch klar, dass Ute Fritsch und Günter Marz die Schwachstellen des Systems nur zu gut kennen. Sie reden sie auch nicht schön. Aber es bringe nichts, sich in dieser Ausnahme-situation zu überlegen, was es alles noch bräuchte. Die Jungs zu bemitleiden, bringe auch nichts, sagt Ute Fritsch. Das heisse nicht, dass sie als Mensch nicht Anteil nehme und einfühlsam sei. «Aber meine Aufgabe ist es, sie stark zu machen und das Fundament zu legen für eine Zukunft in der Schweiz.»

Natürlich sitze einem dabei die Zeit im Nacken. «Wir haben hier in Villmergen im besten Fall zwei Jahre Zeit, bis die Jungs volljährig sind.» Sie habe aber noch nie gedacht, dass sich der Aufwand für die paar Monate nicht lohne. Wirklich nie.

Und viele der jungen Geflüchteten gehen ihren Weg in der Schweiz. Sie lernen Deutsch, machen ein Praktikum, dann eine Lehre, werden selbstständig. «Es kommt uns in der täglichen Arbeit zugute, dass sie unglaublich motiviert sind», sagt Günter Marz. Er führt das auch darauf zurück, dass die Jungs wissen, dass es ihre einzige Chance ist. Sie können nicht zurück. Einer habe ihm mal gesagt: «Entweder schaffe ich es hier oder ich bin tot.»

Ex-Kripo-Chef: Gibt es rechtsfreie Räume im Aargau?

SVP-Grossrat Urs Winzenried will wissen, wie es um die Sicherheit im Kanton steht.

Dominic Kobelt

Die meisten Schweizer Polizeikorps haben zu wenig Personal und erfüllen die Empfehlung der UNO nicht, die eine Polizistin oder einen Polizisten auf 330 Einwohnerinnen und Einwohner vorsieht. Im Aargau ist dieses Verhältnis noch schlechter als in den übrigen Kantonen: Es kommt lediglich eine Polizistin/ein Polizist auf 711 Einwohner.

Auf die entsprechende Frage in einer Interpellation von SVP-Grossrat und Ex-Kripo-Chef Urs Winzenried schreibt der Regierungsrat, noch sei die Polizei im Kanton Aargau in der Lage, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. «Insbesondere bei Erstinterventionen und im Bereich der Grundversorgung können die polizeilichen Leistungen vollständig erbracht werden.» Im Bereich der Sicherheit zu sparen, sei derzeit aber sicherlich nicht angebracht.

Weiter wollte Winzenried wissen, ob im Aargau rechtsfreie Räume existierten. Dies sei nicht der Fall, schreibt der Regierungsrat. «Aber es gibt Kriminalitätshotspots, an welchen eine durchgehende und sichtbare Polizeipräsenz zwingend notwendig ist, um die Sicherheit weiterhin gewährleisten zu können.» Als Beispiele werden die Bahnhöfe Aarau, Baden und Brugg genannt. Dies wirke sich negativ auf die Polizeipräsenz in anderen Regionen aus.

Die Strukturkriminalität ist ein Problem

Handlungsbedarf verortet die Kantonspolizei dagegen bei der sogenannten Strukturkriminalität wie beispielsweise Menschenhandel, Betäubungsmittel-, Milieu- und Clankriminalität. «Diese Kriminalitätserscheinungen können gegenwärtig trotz teilweise zusätzlich gesprochenen Stellen aus Ressourcengründen nicht im eigentlich gebotenen Ausmass bearbeitet werden», heisst es in der Interpellationsantwort.

Die Patrouillenpräsenz sei grundsätzlich gut, es fehle aber «an zusätzlichem Personal, um die täglich anfallenden Abklä-

run-, Ermittlungs- und Rapportierungsarbeiten zeitnah und in der geforderten Qualität bewältigen zu können».

Doch wie fest bemüht sich die Polizei um neues Personal? Der Stellenmarkt sei mittlerweile weitgehend ausgetrocknet. «Die Gründe hierfür sind vielseitig und betreffen praktisch alle Berufszweige», schreibt der Regierungsrat. Die Kantonspolizei unternehme einen grossen Effort, um gut qualifizierte Aspirantinnen und Aspiranten zu rekrutieren. «Dadurch konnten bis anhin alle vorhandenen Stellen besetzt werden.»

Der Regierungsrat erachtet die Löhne der Kantonspolizei Aargau als angemessen. Bezüglich der Weiterentwicklung der Polizei – es gibt Forderungen nach einer Einheitspolizei – verweist die Regierung auf den Planungsbericht vom 9. November, der sich gegenwärtig in der Anhörung befindet.

25 ausserkantonale Einsätze in fünf Jahren

Winzenried fordert in der Interpellation auch Zahlen zur interkantonalen Zusammenarbeit. In den Jahren 2018 bis 2022 hat die Kantonspolizei Aargau 25 Einsätze zu Gunsten anderer Kantone geleistet. Meistens waren dies eintägige Ordnungsdienst-Einsätze an Demonstrationen oder Sportanlässen. «Seltener ist um mehrtägige Hilfeleistungen wie anlässlich des World Economic Forum, von Staatsbesuchen oder Konferenzen ersucht worden», heisst es in der Antwort.

Der SVP-Grossrat sieht einen Teil der zunehmenden Arbeitsbelastung in der Strafprozessordnung, die «durch zum Teil übertriebene formale Vorschriften» unnötigen Aufwand verursache. Der Regierungsrat räumt ein, dass der Aufwand seit Inkrafttreten zugenommen habe. Bei der letzten Revision der Strafprozessordnung habe man sich dafür eingesetzt, dass die Strafverfolgung effizienter, kostengünstiger, schneller und wirksamer werde. «Dies wurde leider nicht im gewünschten Umfang erreicht.»



SVP-Grossrat Urs Winzenried war früher Leiter der Kriminalpolizei der Kantonspolizei Aargau. Bild: Silvan Hartmann